

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

41. Jahrgang / 93

20. Mai 1986

Günter Verheugen MdB zur Aggression Südafrikas: Pretoria mit ökonomischen Mitteln zur Aufgabe der Apartheid zwingen.

Seite 1

Ludwig Stiegler MdB zu den Auseinandersetzungen in Wackersdorf: Weiterbau der Wiederaufarbeitungsanlage bis zur Bundestagswahl aussetzen.

Seite 3

Doris Odendahl MdB zur Lage der Behinderten an den Universitäten: Der Gleichheits-Grundsatz muß gewahrt werden.

Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB zum Fortschritts-Verständnis von Schwarz-Schilling und Bangemann: Die Faszination der Technik.

Seite 6

Das doppelte Spiel gegen Südafrika muß aufhören

Der aggressive Apartheid-Staat muß mit ökonomischen Mitteln zur Umkehr gezwungen werden

Von Günter Verheugen MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Eines muß man dem südafrikanischen Präsidenten B.W. Botha lassen: er speist seine Besucher nicht mit diplomatischen Floskeln ab. Als Willy Brandt und ich vor vier Wochen in Kapstadt ein in Form und Inhalt sehr negatives Gespräch mit Botha hatten, hat er genau das angekündigt, was jetzt geschehen ist. In äußerster Erregung hatte er uns seinerzeit gesagt, er werde die „Kommunisten und Terroristen“ des African National Congress „schlagen und wieder schlagen“ - gleichgültig wo.

Südafrikanische Militäraktionen gegen den ANC unter Verletzung des Territoriums souveräner Nachbarstaaten sind nichts Neues. An der jetzigen Aktion ist neu, daß gleich drei Frontstaaten angegriffen wurden. Die weiße südafrikanische Regierung reagierte damit auf einen Waffenfund in der Nähe von Johannesburg. Wenn man einmal unterstellt, dies sei wirklich ein Waffenlager des ANC gewesen, dann ändert das nichts daran, daß sich Südafrika der dreifachen Aggression schuldig gemacht hat und das Völkerrecht verletzt hat.

In dem Gespräch mit Willy Brandt hatte Botha auch schon die Rechtfertigung für diese Militäraktion genannt. Wenn US-Präsident Reagan, so argumentierte er, einen Vergeltungsschlag gegen Libyen führen dürfe, weil Libyen Terroristen unterstütze, dann dürfe sich Südafrika auch gegen seine schwarzafrikanischen Nachbarn wehren, die dem „terroristischen ANC“ Unterschlupf bieten würden. Zweifellos wäre die jetzige Aktion Südafrikas auch ohne die vorhergehende Militäraktion der USA gegen Libyen durchgeführt worden, aber wenigstens hätte man sich nicht auf

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
on natural paper
Kreuz-Papier



den Präzedenzfall berufen können. Man fragt sich, was das Völkerrecht noch wert ist, wenn der militärisch Stärkere jederzeit Selbstjustiz üben kann.

Der aggressive Akt Südafrikas hat wieder einmal gezeigt, was jeder, der es wissen wollte, schon lange wissen konnte, daß der Apartheid-Staat nicht nur im eigenen Land ständig die Menschenrechte verletzt, sondern daß seine Aggressivität und Brutalität sich auch nach außen wendet. Südafrika gefährdet den Frieden in der gesamten Region.

Botha und seine Anhänger glauben immer noch, daß sie sich das alles leisten können, weil die Regierungen in Washington, London und Bonn sie nur mit Worten verurteilen, mit Taten aber unterstützen.

International verbindliche Maßnahmen gegen Südafrika werden von diesen drei Regierungen verhindert. Weder in Washington noch in London noch in Bonn kann jemand so naiv sein zu glauben, daß die Regierung Botha sich von Protesten beeindrucken läßt. In Wahrheit treiben diese drei Länder ein doppeltes Spiel, augenzwinkernd signalisieren sie Einverständnis mit Bothas Politik.

Die SPD tritt für einen friedlichen Wandel in Südafrika ein. Dieser Wandel ist aber nicht erreichbar, wenn man die Regierung Botha weiter gewähren läßt und sie wirtschaftlich weiter über Wasser hält. Botha ist ein verboghrter Fanatiker, ein Wolf, der gelegentlich Kreide frißt - aber er denkt nicht im Traum daran, der Mehrheit der Menschen in Südafrika die Gleichberechtigung zu gewähren. Und solange das so ist, wird die Gewalt das Leben in Südafrika bestimmen. Erst die Abschaffung der Apartheid würde die Chance zu einem friedlichen Übergang eröffnen.

Dahin muß man die Regierung Botha bringen. Nachdem politische und diplomatische Mittel versagt haben, kann es jetzt nur noch darum gehen, die ökonomische Grundlage des Apartheid-Systems zum Einsturz zu bringen, mindestens aber, nicht länger daran mitzuwirken, daß Südafrika sich das Apartheid-System wirtschaftlich leisten kann. Die entsprechenden Vorschläge der SPD liegen seit langer Zeit auf dem Tisch. Sie sind im Bundestag eingebracht. Darüber muß jetzt endgültig entschieden werden.

(-/20.5.1986/rs/ks)

* * *

Weiterbau von Wackersdorf bis zur Bundestagswahl aussetzen

Die CSU-Atompolitik bringt Unfrieden in die Oberpfalz

Von Ludwig Stiegler MdB

Stellvertretender Landesvorsitzender der bayerischen SPD

Das Gasbombardement der Oberpfälzer Bevölkerung durch die bayerische Staatsregierung ist scharf zu verurteilen. Diese Bombardierung war nicht durch die polizeiliche Lage geboten. Die Polizeiführung hat sich schlicht von Rachegefühlen und der Lust auf massive Vergeltung leiten lassen. Dabei wurde die Oberpfälzer Bevölkerung als Geisel in Anspruch genommen, weil die Polizeiführung mit herangereisten Gewalttätern nicht fertig geworden ist. Die SPD verurteilt die Gewalt in Wackersdorf. Die CSU-Polizeiführung muß sich aber fragen lassen, welchen Beitrag sie durch ihre Einsatztaktik zur Eskalation der Gewalt in Wackersdorf geleistet hat.

Die Vorgänge in Wackersdorf zeigen Tag für Tag deutlicher, daß die Wiederaufarbeitungsanlage gesellschaftlich nicht verträglich ist. Sie wirkt in der Oberpfälzer Landschaft und in der Oberpfälzer Gesellschaft - um mit Jean Paul Sartre zu sprechen - wie der „Pfahl im Fleische“. Die Atompolitik der CSU und die Wiederaufarbeitungsanlage bringt Unfrieden in die Oberpfalz. Die CSU hat keine Mehrheit mehr für ihre gewalttätige Atompolitik, auch wenn sie es nicht glauben will. Der Mindestbeitrag zur Sicherung des Landfriedens in der Oberpfalz, den die CSU-Führung zu leisten hat, ist ein Moratorium beim Weiterbau der Wiederaufarbeitungsanlage bis zur Bundestagswahl.

Auch die DWK und die CSU müssen davon ausgehen, daß im neuen Bundestag das Atomgesetz geändert und die Wiederaufarbeitung der Umorientierung des energiepolitischen Denkens als erste zum Opfer fallen wird. Jede Mark, die jetzt noch in Wackersdorf investiert wird, ist verschwendet. Jede Auseinandersetzung um die Baustelle in Wackersdorf ist nicht mehr ein Beitrag zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, sondern weitere Ursache dafür, daß Hunderttausende den Glauben an den Rechtsstaat verlieren. Nicht zu übersehen ist in diesem Zusammenhang, daß nach Tschernobyl ein umfassendes Umdenken eingesetzt hat.

Der Standpunkt der CSU, „*via justitia, perit mundus*“ (frei übersetzt: Ich setze meinen Rechtsstandpunkt durch, auch wenn die Welt dabei in Scherben geht) ist immer schon ethisch-moralisch bedenklich gewesen. Nach der Reaktor-Katastrophe in der Ukraine ist er vollends unhaltbar geworden. Das gilt um so mehr, als die Rechtsposition, auf die die CSU sich beruft, keine zwölf Monate mehr Bestand haben wird. Vor diesem Hintergrund ist die Politik der bayerischen Staatsregierung, die verletzte Polizisten ebenso wie verletzte Demonstranten und zerstörte Sachen in Kauf nimmt, nicht länger zu verantworten. Die SPD fordert sowohl im Interesse der Opfer als auch im Interesse des Landfriedens in der Oberpfalz zum Ausstieg aus der Kernenergie auf. (-/20.5.1986/rs/ks)

* * *

Gleichheits-Grundsatz an Universitäten wahren

Die „Elite“-Förderung geht zu Lasten der behinderten Studenten

Von Doris Odendahl MdB

Mitglied im Bundestags-Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Zurecht beruft sich das Deutsche Studentenwerk (DSW) in einer Vorbemerkung zur derzeitigen Fachtagung auf den Gleichheitsgrundsatz und das Sozialstaatsprinzip, die uns verpflichten, daß ein Studium auch jedem Behinderten, der die dazu notwendigen Voraussetzungen und Fähigkeiten hat, offenstehen muß.

In der Zeit sozialdemokratisch geführter Bundesregierungen haben wir dafür gesorgt, daß ein Bildungswesen geschaffen wurde, an dem früher als „bildungsfern“ oder sogar als „bildungsunfähig“ geltende Jugendliche an quantitativ vielfältig ausgeweiteten Bildungsangeboten teilhaben konnten. Niemals zuvor haben so viele junge Menschen weiterführende Schulen besucht, eine betriebliche Ausbildung absolviert oder an einer Hochschule studiert.

Es kommt deshalb nicht von ungefähr, daß die Forderung nach Integration der Behinderten, die die sozialliberale Bundesregierung in einem Aktionsprogramm 1970 in Angriff genommen hatte, auch zu einer Verrechtlichung der Bildungsansprüche Behinderter an den Hochschulen geführt hat. Dies wird im Hochschulrahmengesetz 1976 deutlich. Ich möchte an dieser Stelle festhalten, daß die SPD unbeirrt an der Gleichheit der Zugangschancen zur Bildung für alle Bürger festhält und die in den 70er Jahren so erfolgreiche Politik der sozialen Öffnung aller Ausbildungswege fortsetzen wird.

Die neuen Schwerpunkte der derzeitigen Bundesregierung von CDU/CSU und FDP der „Elite“-Förderung und „Auslese“ gehen bewußt zu Lasten der Lernmöglichkeiten für die Massen der Studenten - sie müssen zwangsläufig im besonderen zu Lasten der Lernmöglichkeiten der Behinderten gehen.

Mit Sorge ist festzustellen, daß es zum Beispiel seitens der SPD einiger Überredungskunst bedurfte, um die Regierungsparteien davon zu überzeugen, auch eine Interessengruppe Behinderter Studenten in die Anhörung zur 10. BAFöG-Novelle überhaupt einzuladen. Unserem Drängen ist es dann schließlich zuzuschreiben, daß in dieser 10. BAFöG-Novelle auch Verbesserungen für Behinderte mit aufgenommen werden.

Die SPD hat in diesem Zusammenhang beantragt:

- für Behinderte, deren Erwerbsfähigkeit um mindestens 80 Prozent gemindert ist, die Förderungshöchstdauer um zwölf Monate zu erhöhen und
- diese Ausbildungsförderung über die Förderungshöchstdauer hinaus für diesen Personenkreis als Zuschuß zu gewähren.



Wir halten es für unbillig, Studenten die wegen ihrer Behinderung länger gefördert werden, also länger studieren müssen, auch noch mit einer zusätzlichen Darlehensschuld zu belasten und damit ihre ohnehin gegebene Benachteiligung noch zu verstärken.

Folgende Forderungen stehen außerdem auf der Tagesordnung: So wie der Bund in den 70er Jahren eine stärkere Berücksichtigung der Interessen von Behinderten im Hochschulbereich forciert hat und im Rahmen der gemeinsamen Hochschul- und Studentenwohnheimförderung von Bund und Ländern erhebliche Mittel bereitstellte, sollte er jetzt aufgrund seiner Rahmenkompetenz Vorgaben machen, daß weiterer behindertengerechter Wohnraum entsteht beziehungsweise entsprechende Umbaumaßnahmen durchgeführt werden - unter Hinzuziehung der Behindertenbeauftragten an den Hochschulen.

Generell ist das Beratungssystem für Behinderte auszubauen, es gibt noch kein flächendeckendes Angebot speziell für Behinderte. Positiv ist zu vermerken, daß das Land Nordrhein-Westfalen drei Sonderberatungsstellen eingerichtet hat. Dazu müssen mehr Studienhelfer für Hochschulen ausgebildet werden. Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft sollte hier entsprechende Modellversuche fördern.

Auch der Einsatz neuer Technologien an den Hochschulen, so zum Beispiel von Computern für Blinde, muß verstärkt für Behinderte nutzbar gemacht werden. Hier wird es höchste Zeit, entsprechende Modellprojekte - ausgelegt auf die jeweiligen Behinderungsformen - durch den Bund zu fördern.

Eine solche Förderung muß schon deshalb breit ausgelegt sein, um nicht zu sogenannten „Schwerpunkt-Hochschulen“ für Behinderte zu kommen, an denen dann alle entsprechenden Ausstattungen vorhanden sind, während andernorts die notwendigsten Voraussetzungen fehlen. Dies widerspricht nach unserer Auffassung dem Ziel der Integration und schafft einseitige Angebote für Behinderte.

Ferner setzt nach unserer Auffassung eine Bildungsberatung erst an der Hochschule zu spät ein. Bildungsentscheidungen fallen in der Schule, hier entstehen Anreize oder auch Hemmschwellen für eine Studienentscheidung. Deshalb gehört eine sinnvolle Bildungsberatung für Behinderte bereits in den Sekundarbereich I. Als eine der Haupthemmschwellen bei einer Studienentscheidung, vor der auch Behinderte in hohem Maße von vornherein scheitern, muß der von der derzeitigen Regierungskoalition verursachte Kahlschlag des Schüler-BAFöG und die Umstellung der Ausbildungsförderung für Studenten auf Voll Darlehen rückgängig gemacht werden. (-/20.5.1986/rs/ks)

* * *

Die Faszination der Technik

Zum Fortschritts-Verständnis von Schwarz-Schilling und Bangemann

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Die Bundesregierung, so kompetenzlos in der Sache sie auch sonst erscheinen mag, ist voller Bewunderer moderner Technik. Euphorisch und kritiklos stehen ihre Minister technischer Entwicklung (dieses Wort wird von ihnen in der Regel mit technischem Fortschritt gleichgesetzt und auf die Gesellschaft übertragen) gegenüber.

Postminister Schwarz-Schilling plädiert dafür, den technischen Fortschritt sich selbst zu überlassen und warnt gar vor dem Versuch, die Folgen dieses Fortschritts frühzeitig abzuschätzen und beurteilen zu wollen. Wirtschaftsminister Bangemann formuliert wörtlich: „Deshalb tun wir - national wie international - gut daran, es den Unternehmen zu überlassen, Tempo und Richtung des technischen Fortschritts zu bestimmen.“

Dazu ist eine Menge zu sagen. Probleme, die in einer solchen Haltung stecken, lassen sich sehr schön mit einem Zitat aus einem Informationsheft über „Die neuen Medien“ illustrieren, das der Postminister in seiner Öffentlichkeitsarbeit verteilt. Da heißt es zur Erläuterung der Unmöglichkeit, sich technischen Entwicklungen gegenüber zu verschließen und abschirmen zu wollen: „Japan hat es am längsten geschafft - bis 1853, als die gepanzerten und mit Geschützen bestückten Dampfschiffe des Kommodore Perry vor der Küste Japans erschienen; die moderne Technik, die moderne Wirtschaft auf industrieller Basis bekehrten nun doch Einlaß.“

Es ist schon interessant, in welcher Form hier „Moderne Technik“ und „Moderne Wirtschaft“ auftreten und den Fortschritt bringen: Als gepanzerte Dampfschiffe mit Kanonen.

Genau das ist das Problem, wenn man mit der Technik so verfährt wie der Wirtschafts- und Postminister das wollen: Sie erscheint manchmal in Formen, denen sich tatsächlich niemand entziehen kann, sie bedeuten aber Fortschritt allenfalls für den, der hinter der Kanone sitzt. Das ist auch vielleicht der tiefere Grund, warum die Herren so für SDI sind: Sie wollen dabei sein.

„Zwingend“ ist eine solche „Moderne Technik“ also in gewisser Weise schon. Aber einen Fortschritt bedeutet sie halt nicht unbedingt. Die Folgen der Technik und die Technik selbst so zu gestalten, daß der Fortschritt nicht in Form von Kanonen erscheint, ist eine politische Aufgabe. Sie kann nicht der Technik selbst, das heißt letztlich dem Gewinnstreben der Hersteller überlassen werden.

(-/20.5.1986/rs/ks)

* * *

